

## Grundsatzrede

des neugewählten Vorsitzenden des Bundes Deutscher Kriminalbeamter,  
Landesverband Niedersachsen Ulf Küch – Leiter der Kriminalpolizei in der PI Braunschweig -  
beim Landesdelegiertentag am 1.9.2009 in Hildesheim  
- Es gilt das gesprochene Wort -

---

Hört die Würde des Menschen mit seinem Tode auf?

Wer als Kriminalist mit der Todesermittlung betraut ist, der vermutet nicht falsch, wenn er davon ausgeht, dass viele Menschen unter die Erde gebracht werden, ohne dass bekannt wird, dass sie keines natürlichen Todes gestorben sind. Die wirkliche, und ich meine hier die unnatürliche Todesursache wird häufig nicht ergründet. Damit können der fahrlässig oder absichtlich herbei geführte Tod mitunter weder geahndet noch gerichtlich gesühnt werden.

Der verständige Mensch fragt sich bei dieser zugegebenermaßen provokanten Behauptung, wie das in unserem Rechtsstaatssystem überhaupt möglich sein kann, wenn die Menschenwürde und das damit verbundene Individualrecht angeblich verfassungsmäßig so hoch angesetzt sind. Und wie erklären sich dann noch die hohen Aufklärungsquoten bei Mord und Totschlag, die über 95 % liegen.

Eigentlich ist doch wohl alles in Ordnung?

Wir sagen, und dann nehme ich den Vortrag von Herrn Prof. Dr. Birkholz auf, es scheitert nicht an dem, was wir wissen und sehen, sondern das Problem liegt dort, wo wir den wahren Sachverhalt überhaupt nicht als einen solchen erkennen. Häufig liegt das, ebenso wie in der normalen Leichenschau, die durch nicht besonders geschulte Mediziner durchgeführt wird in der Tatsache, dass die Qualifikation für eine kriminalpolizeiliche Todesermittlung mitunter zu wünschen übrig lässt.

Der BDK fordert schon seit Jahrzehnten, dass alle mit der Kriminalitätsbekämpfung betrauten Kolleginnen und Kollegen über individuelle Spezialkenntnisse verfügen müssen. Unter Zugrundelegung dieser Kernaussage möchte ich das Thema insgesamt beleuchten, die Position des Bundes deutscher Kriminalbeamter verdeutlichen und unsere Forderungen hierzu formulieren.

Ich beginne in meinen Betrachtungen Ende der 80iger Jahre in der Bundesrepublik Deutschland.

Es begann damit, dass sich der „Spartenbegriff“ zu einem allgemein Negativem in den Polizeien der Bundesländer entwickelte. In dem einen Bundesland mehr, in dem anderen weniger, mitunter allerdings auch gar nicht, aber letztlich dann, wo vorhanden mit Vehemenz umgesetzt und durchgeführt. So damals auch in Niedersachsen.

Die logische Konsequenz aus Sicht der damaligen Verantwortlichen war die „Einheitspolizei“; ein vielfach in Deutschland kopierter Trend der 90-iger Jahre. Somit schuf man auch in der niedersächsischen Polizei eine den tatsächlichen Lebensbedingungen nicht mehr entsprechende Gleichmacherei.

In Niedersachsen erfolgte damit die integrierte Aufgabenzuordnung, ohne klar auf die Verantwortlichkeiten zu schauen und vor allem daran zu denken, welche Folgen dies haben würde.

Ich frage mich im Rückblick:

Wären diese Verfechter der Einheitspolizei außerhalb unserer Organisation auf die Idee gekommen, ein Krankenhaus einzurichten, in welchem es keine Spezialabteilungen mehr geben würde. Knochenbrüche, schwere innere Erkrankungen oder auch nervenärztliche oder gynäkologische Maßnahmen wären danach vom Allgemeinmediziner zu behandeln gewesen.

Hätten sie jemals ihr Haus von einem Betonfacharbeiter auf- und ausbauen lassen. Spätestens bei den Dach- Installationsarbeiten und der Elektrik wäre dieser kaum mehr in der Lage gewesen, den Bau sinnvoll und sicher zu beenden. Trotz Warnung vor den Folgen führten die politisch Verantwortlichen die Einheitspolizei und deren inhaltsgleiche Ausbildung ein und

verteidigen diese auch heute noch mit Vehemenz.

Wozu führte dies nun? Und wie kann es weitergehen?

Infolge der seinerzeit sehr im Focus stehenden schutzpolizeilichen Aufgabe wurden die ermittelnden Bereiche bis 2004 in Niedersachsen weitestgehend aus dem Interesse der politisch Verantwortlichen ausgeblendet. Eine zielgerichteter Zugang von wirklich jungen Kolleginnen und Kollegen (ich meine den Personenkreis Ende 20) in den Kriminalermittlungsdiensten und den Zentralen Kriminaldiensten war die absolute Ausnahme.

Vielmehr wurden KED und ZKD dazu „verpflichtet“ (ich wähle bewusst den Begriff) ältere Kolleginnen und Kollegen aus den ESD'en zu übernehmen und mehr schlecht als recht auf ihre Aufgaben vorzubereiten. Infolge dieser Würfe in das kalte Wasser, ohne entsprechende Aus- und Fortbildung kam und kommt es bei einigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern immer wieder zu Überforderungen, die nicht selten in Krankheit enden.

Wenngleich sich dankenswerter Weise (nicht zuletzt auch initiiert durch die Änderung der Innenpolitik in Nds. nach 2003 und den Forderungen des BDK) nunmehr erstmals sich ein geschlossenes Konzept zur Fortbildung und Übernahme von Kolleginnen und Kollegen des ESD in die ermittelnden Bereiche aufzeigt (zumindest bei mir in der PD Braunschweig) so gravierend sind die Folgen dieser jahrelangen Verneinung besonderer kriminalpolizeilicher Bedürfnisse und Erfordernisse für die Gesamtorganisation.

Mittlerweile liegt der Altersschnitt der nds. Kriminalpolizei bei 50 Lebensjahren. In dem von mir geleiteten ZKD in Braunschweig, immerhin der zweitgrößten Kripodienststelle in Niedersachsen, sind wir seit Anfang des Jahres 2009 bei einem Schnitt von über 50 Lebensjahren – Sie stimmen mir sicherlich zu, - ein brisanter Zustand.

Wie kann die Innere Sicherheit gestärkt werden, wenn die Altersstruktur in der niedersächsischen Polizei und vor allem in der Kriminalitätsermittlung weiterhin steigt? Wir haben der niedersächsischen Landesregierung schon vor Jahren bewiesen, dass die Überalterung in der Polizei und vor allem in den Ermittlungsbereichen unvermeidbar ist. Zu Oppositionszeiten war dies unbestritten. Mit der Entscheidung zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit wird diese Situation leider wieder verschärft.

Und sie trifft in besonderem Maße die Ermittlungsbeamtinnen und -beamten in den Zentralen Kriminaldiensten und den Kriminalermittlungsdiensten. Hier befinden sich die Masse der 45 – 61jährigen. Um es deutlich zu machen. Im Stellenplan der nds. Kriminalpolizei befinden sich damit mehr als 2/3 (69 %) aller Beamtinnen und Beamten in der Altersgruppe über 45 Jahren.

Wenn jetzt darüber nachgedacht wird (und in der Tat muss auch hier etwas geschehen), dass Beamtinnen und Beamte mit 55 Jahre den Schichtdienst verlassen sollen, um dann „Tagesdienst“ zu versehen, dann wird das die gegenwärtige Altersstruktur im Ermittlungsbereich erheblich verschärfen.

Warum werden nicht endlich landesweit intelligente Schichtdienstmodelle eingeführt oder einmal darüber nachgedacht, ob die Vielzahl der „Rund-um-die-Uhr-Dienste“ der ESD'en in einem Zusammenhang zum jeweils örtlichen Arbeitsaufkommen steht.

Zentralisierung ist sicherlich nicht immer das Maß aller Lösungen. Aber wenn ich mir die derzeitige Diskussion um Großraumverbände und spezifische Regionsbildungen betrachte, so scheint, am in diesem Bereich der öffentlichen Verwaltung Effektivitäts- und Effizienzgedanken zu entwickeln. Denn, es ist künftig einfach nicht mehr finanzierbar, jedem Ort eine eigene Verwaltung, eine eigene Polizei und damit eine Infrastruktur anzubieten, die mit der einer Großstadt oder eine mittleren Kreisstadt vergleichbar wäre. Und schon gar nicht, wenn diese Dienststellen nur zu einem geringen Prozentsatz genutzt werden.

Insgesamt leidet das ganze System auch darunter, dass damit die Ressourcen zersplittert werden und überall nur noch mit halber Kraft gefahren und somit die Improvisation Standard

wird.

Übertragen auf die Polizei heißt dies, wir sind im BDK der Auffassung, dass gut ausgebildete und zentral vorgehaltene Organisationseinheiten mit Ermittlerinnen und Ermittlern ausschließlich in der Lage sind, die gestellten Aufgaben zu erfüllen. Gleiches gilt im übrigen auch für den ESD.

Leider sind derartige Überlegungen zur Zeit noch tabu, wengleich dringend notwendig. Solange aber im Zuge einer Diskussion dem Bürger suggeriert wird, dass nach Wegfall oder Umstrukturierung einer örtlichen Polizeidienststelle sofort bürgerkriegsähnliche Zustände entstehen, solange werden Steuergelder und Personalressourcen verschleudert. Insbesondere dann, wenn Einsatz- und Kriminalitätsaufkommen in keinerlei Verhältnis mehr zum betriebenen Aufwand stehen.

Hier wünschen wir uns eine sachliche Betrachtung unserer Organisation. Ich weiß aber aus eigener Braunschweiger Erfahrung, dass dies sehr schwer umzusetzen ist. Trotzdem, der Ermittlungsbereich kann nicht weiter das alleinige Auffangbecken der im Wechseldienst arbeitenden Kolleginnen und Kollegen werden. Wir brauchen eine gesunde Durchmischung zwischen alt und jung; und dies nicht nur im ESD - sondern vor allem im KED und ZKD. Übernahme und Integration nach erfolgter Aus- und Fortbildung von Kolleginnen und Kollegen aus dem Einsatz- und Streifendienst ja, aber nicht nur. Unser Personalkörper bedarf auch eines gewissen Anteils an Berufsanfängern.

Ich komme dazu noch später.

Wir fordern schon seit mehr als 10 Jahren die Wiedereinführung einer gezielten Ausbildung von Anteilen an jungen Ermittlerinnen und Ermittlern im Zuge einer Y-Ausbildung. Es kann doch wohl nicht sein, dass fachliche Qualifikation und berufliche Vorkenntnisse ohne wenn und aber auf dem Altar der Einheitsausbildung geopfert werden und erst viele Jahre später eine fachliche Qualifikation erfolgen darf.

Mit Einrichtung der Berufsakademie hat der BDK die Hoffnung verbunden, dass diese krasse Fehlentwicklung der 94-er Reform jetzt endgültig eingesammelt wird. Mit der Umorganisation der niedersächsischen Polizei bis hin zur Stärkung der Kriminalitätsbekämpfung bei gleichzeitiger Straffung der Organisation, - die durchaus auch noch Spielräume besäße, - hat die niedersächsische Landesregierung einen richtigen Schritt getan. Wir haben sie dazu gerne beraten und die vorausgegangenen und begleitenden Untersuchungen der Strukturen haben unsere Forderungen bestätigt.

Wir haben uns mit berechtigter Kritik an den Strukturen und Inhalten der Aus- und Fortbildung für die Ermittlungsbereiche schon vor Jahren an die Vorgängerregierung gewandt. Seinerzeit wurde der BDK zur persona „non grata“ erklärt, da uns unterstellt wurde, die Spaltung der Polizei voranzutreiben und als ewig gestrige sich der Zukunft zu verweigern.

Doch das ist falsch. Wir fordern keine Wiedereinführung der Spartenpolizei. Wir sind aber der Meinung, dass für die ermittelnden Bereiche andere Erfordernisse und Rahmenbedingungen notwendig sind und nicht alle Bereiche gleich betrachtet werden können.

Auch in Nordrhein-Westfalen, dem Bundesland mit der personalstärksten Polizei, hat man diesen Irrglauben der 90iger Jahre verworfen und schafft wieder gut ausgebildete und an der kriminalpolizeilichen Aufgabe orientierte Dienststellen.

Die von Prof. Birkholz skizzierten fachlichen Erfordernisse und Voraussetzungen im Bereich der forensischen Medizin gelten ohne wenn und aber auch für die spezialisierten Ermittlerinnen und Ermittler in den Fachkommissariaten der Zentralen Kriminaldienste und den Arbeitsfeldern in den KED.

Noch bevor der Landesrechnungshof uns in Teilbereichen bestätigte, wurde durch das LPP der Auftrag erteilt, die Strukturen der Aus- und Fortbildung zu überprüfen. Derzeit zeichnen sich

Veränderungen zugunsten einer Qualitätsverbesserung ab. Dies gelingt aber nur dann, wenn unserer Forderung nach einer spezialisierten Aus- und Fortbildung gefolgt wird.

Um dem bevorstehenden Nachwuchsmangel an jungen Beamtinnen und Beamten im Ermittlungsbereich auch nur annähernd begegnen zu können, müssen pro Jahr mindestens 40 - 50 Kolleginnen und Kollegen über die Y-Ausbildung unmittelbar nach dem Akademiestudium den Ermittlungsbereichen zugeführt werden. Dieser Personenkreis muss durch das LPP bindend fest geschrieben werden. Nach unseren Erfahrungen ist nur so zu gewährleisten, dass die Jungkriminalistinnen und -kriminalisten auch tatsächlich den Kripodienststellen ankommen.

Scheinbar muss der BDK hier einen langen Atem beweisen, - aber den haben wir!

In einigen Polizeidirektionen wurde schon vor Jahren ein Prozess eingeleitet, der dazu geführt hat, dass unterhalb von A 12 heimlich Dienstposten geschaffen wurden. Leider in der Regel zu Lasten des Ermittlungspersonals.

Unter der Leitung des Polizeivizepräsidenten Dieter Buskohl (PD Oldenburg) hat die vom LPPBK eingesetzte Arbeitsgruppe ihre Tätigkeit zur Erstellung eines neuen Dienstpostenkonzepts A 11/ A 12 BBesO aufgenommen.

Dem einführenden Erlass vom 24.06.2009 ist die positive Absichtserklärung zu entnehmen, die Bewertungsüberhänge von Dienstposten zu Planstellen im Bereich der Besoldungsgruppen A 12/ A 13 BBesO durch strukturelle Verbesserungen abzubauen.

Allerdings nur, wenn es die Haushaltslage erlaubt.

Der BDK sieht darin einen Schritt in die richtige Richtung. Mittel und langfristig besteht aber die Notwendigkeit, derartige Dienstposten in der qualifizierten Sachbearbeitung zusätzlich einzurichten, um den gestiegenen Anforderungen gerade in der Kriminalitätsbekämpfung gerecht zu werden.

Als fatal stufen wir damit die mögliche Festschreibung der Zahl der Bewertungen nach A 11 BBesO auf die Zahl der vorhandenen Planstellen ein. Leistungsträger und Aufgaben, die eine besondere Qualifikation erfordern, müssen eine Bewertung nach A 11 BBesO und höher erfahren können. Sehr wohl können wir uns eine stärkere analytische Bewertung der höherwertigen Dienstposten vorstellen. Gerade daraus leiten wir unsere Forderung nach weiteren Stellenhebungen ab, um zumindest schrittweise die bei weitem nicht ausgeschöpften Planstellenobergrenzen zu erreichen.

Denn:

Ermittlerinnen und Ermittler mit spezieller Fachhochschulausbildung, oder jetzt der Ausbildung an der Akademie, gelangen nach wie vor eher sehr selten zu uns in die KED und ZKD. Damit wird sich das Problem in den nächsten Jahren stark verschärfen, da die Rudimente der alten Kriminalpolizei dann in das Pensionsalter geraten.

Wie aber soll jahrzehntelange Erfahrung weitergeleitet werden, wenn dann nicht der junge oder die junge Kollegin da ist, dieses Wissen aufzunehmen?

Erneut sind die Kritiker dieser aktuellen Entwicklung dabei, Begrifflichkeiten wie Spartenentrennung oder Spartenorganisation in den Sprachgebrauch der nds. Polizei einzubringen.

Und meine sehr geehrten Damen und Herren,

Sprache schafft Wirklichkeit -

Auch wenn Sie Herr Innenminister Schünemann bezogen auf die Erfordernis einer speziell ausgebildeten Kriminalpolizei keinen Rückschritt mehr einleiten wollen, so ist für uns Verantwortliche in der Kriminalitätsbekämpfung der politische Wille noch nicht so richtig angekommen und umgesetzt worden.

Gleich dem Satz:

„Ich sehe das Bessere und heiße es gut, dem Schlechteren folge ich“  
wird unter der Hand hier und da das „Alte“ bewahrt.

Während in anderen Organisationen und der Wirtschaft das Wort Spezialisierung positiv belegt ist, schafft es in unsere Organisation mitunter immer noch Unbehagen, gleich wolle man damit ausdrücken, man sei etwas Besseres. Warum wird nicht endlich wieder zu den in der Bevölkerung bekannten und nach wie vor benutzten Bezeichnungen „Schutzpolizei“, „Verkehrspolizei“ und „Kriminalpolizei“ zurückgekehrt. Die seit 1994 benutzten Bezeichnungen in Niedersachsen wie ESD, ZKD oder KED haben sich weder im Sprachgebrauch der Medien und in der Bevölkerung durchgesetzt.

Leider existiert in der niedersächsischen Werbebroschüre der Polizei trotz Veränderungszusage des LPP gegenüber dem BDK immer noch keinerlei Aussage oder Hinweis auf die Existenz der Kriminalpolizei. Dies empfinden wir Kriminalisten nach wie vor als Zumutung, da es uns scheinbar gar nicht gibt.

Dabei geht auch nicht um Abgrenzung oder die Renaissance einer angeblich selbstgefälligen oder gar elitären Kriminalpolizei.

Nein, alle polizeilichen Bereiche sind nach unserer Auffassung im BDK immer schon für die Bekämpfung der Gesamtkriminalität und die Gefahrenabwehr wesentliche Bestandteile gewesen, die nur miteinander, aber nie gegeneinander funktionieren können. Dennoch hat jeder Fachbereich spezifische Anforderungen und Aus- und Fortbildungsbedürfnisse.

Um nicht verdächtig zu erscheinen, macht man ja dann hier und da auch einiges mit. Speziell ausgebildete Wirtschaftskriminalisten, Todesermittler, Jugendsachbearbeiter, Spezialraubsachbearbeiter, Mitarbeiter des Staatsschutzes mit speziellem Wissen auf dem Gebiet des radikalen Islamismus u.s.w., u.s.w. verbringen dann aus Gründen der „Gerechtigkeit“ ihre Wochenenden in geschlossenen Einsätzen – mit Schild, Helm und Einsatzanzug – und fehlen in der tägliche Abarbeitung der Kriminalitätsfälle. Leider hat die Anzahl dieser Einsätze in den letzten Jahren erheblich zugenommen, da die niedersächsische Polizei zunehmend aus der Alltagsorganisation geschlossene Einheiten aufstellen muss, um dem immer höher werdenden Einsatztakt noch entsprechen zu können. Hier wäre unser Rat, die Bereitschaftspolizei insgesamt zu verstärken und damit die mit der Alltagsbewältigung betrauten Kolleginnen und Kollegen aus den Einsatz und Streifendiensten sowie die ermittelnden Bereiche zu entlasten.

Denn, nach den Wochenendeinsätzen müssten unsere Mitarbeiter eigentlich zu Hause bleiben. Um ihre Überstundenberge abbauen zu können, wenn nicht, tja, - die bösen Kriminellen, - die sind ja auch noch da und verursachen Berge von Ermittlungsakten, aktuellen Haftsachen, komplexe Ermittlungsverfahren, Sonderkommissionen und am Ende auch leider mitunter Mordkommissionen mit Dutzenden von Kolleginnen und Kollegen, die dem allgemeinen Dienstbetrieb auf Wochen nicht mehr zur Verfügung stehen.

Und diese Arbeit nimmt uns in den ermittelnden Bereichen keiner ab. Diese Verfahren liegen da und warten auf ihre Sachbearbeitung. Daneben drücken Staatsanwaltschaft und Gerichte die Zeitfenster (auch aus rechtsstaatlichen Gründen) immer weiter zu. Verfahren sollen schnell und zügig abgewickelt werden. Das geht aber zu Lasten der Aufklärungsquoten -, sprich der Ermittlungstiefe. Zwei, drei sicher beweisbare Delikte reichen für die Anklage in der Regel tatsächlich aus. Es kommt auch zur Verurteilung. Aber der Haken ist, dass die Delikte, die insgesamt erfasst worden sind eben nicht mehr die Statistik positiv beeinflussen, sondern als nicht geklärte Straftaten die Aufklärungsquoten belasten. Spätestens da hört aber der Langmut auf der politischen Schiene auf. Aufklärungsquoten sind natürlich ein Spiegel der polizeilichen Leistungsfähigkeit und vor allem Leistungsbereitschaft.

Meine Damen und Herren,

Wir fordern eine hohe Qualität in der Kriminalitätsbekämpfung und eine angemessene Anerkennung und Alimentierung für die hier arbeitenden Kolleginnen und Kollegen.

Nicht zuletzt die Evaluation der Organisationsreform von 2004 für den Bereich der Kriminalitätsbekämpfung hat sehr eindrücklich gezeigt, dass wir in Niedersachsen jetzt auf dem richtigen Weg sind. Dennoch wird im Bereich der Tatortaufnahme immer noch die Wiedereinführung des Kriminaldauerdienstes (mit Ausnahme von Hannover und Braunschweig) vermieden.

Es ist nicht weiter hinnehmbar, dass Spezielsachbearbeiterinnen und Spezielsachbearbeiter bei der Bewertung von Dienstposten in der Regel übersehen werden. Wo liegt die Logik, wenn der Arbeitsplatz des stellvertretenden DAL als ein herausragender Dienstposten durch ein Verwaltungsgericht anerkannt wird, wenn andererseits Todesermittler oder Wirtschaftskriminalisten mit monatelanger Zusatzausbildung auf der Strecke bleiben.

Wir wollen eine qualitativ hochwertige Sachbearbeitung. Das sind wir dem Recht, letztlich unserem Auftraggeber und damit dem Bürger schuldig.

Mit der Organisationsreform von 2004 wurde hier aus Sicht des BDK der erste wirklich wieder richtige Schritt durch die Landesregierung getan. Dennoch sollte sich jetzt nicht auf den Lorbeeren ausgeruht werden, denn die Strukturen der Stäbe in den Polizeiinspektionen bedürfen aus unserer Sicht dringend einiger Korrekturen. Es ist nicht nachvollziehbar, dass Inspektionen mit einem Personalkörper von 250 Mitarbeitern über die gleiche Anzahl von Stabsmitarbeitern (also denjenigen, die den internen Ablauf garantieren) verfügen, wie Inspektionen mit weit über 700 Mitarbeitern. Damit kommt es zu Verwerfungen, das heißt, es entstehen sogenannte Bypassfunktionen.

Jeder ZKD-Leiter muss aus Sicht des BDK künftig mindestens über einen Sachbearbeiter für KVV verfügen, da die Alltagsorganisation so komplex ist, dass es auch einen zurarbeitenden Verwaltungsapparat in einer Kriminalpolizei geben muss.

Wie also werden wir uns zu positionieren haben, damit wir diesen Spagat nicht mehr machen müssen?

Nur durch Nachhaltigkeit der polizeilichen Ermittlungen gelingt letztlich auch eine Reduzierung von Straftaten. Dies ist für die kriminalpolizeiliche Arbeit ein gewichtiger Teil der Generalprävention. Tatverdächtige sind der Justiz so zu überstellen, dass ein Strafverfahren rechtsstaatlich erfolgreich durchgeführt werden kann. Dies ist nur mit einem fachlich versierten und motivierten Ermittlungspersonal möglich.

Derzeit reichen Aus- und Fortbildungsangebote noch nicht aus.

- So gibt es zum Beispiel immer noch keinen Lehrgang für TO-Arbeit für SB bei der Bekämpfung von Schwerstkriminalität.
- Auch sind die Speziallehrgänge für Einbruchsachbearbeiter noch nicht auf einem akzeptablen Stand.

Der Bund Deutscher Kriminalbeamter führt keine unsachliche Diskussion und unbegründete Kritik zur Inneren Sicherheit in Niedersachsen. An der unseres Erachtens allenfalls plakativ geführten Schürung der allgemeinen Kriminalitätsangst in der Bevölkerung werden wir uns nicht beteiligen. Gerade zu Wahlkampfzeiten verbietet sich es sich, dieses hochkomplexe Thema parteipolitisch zu instrumentalisieren. Diese unsere Meinung ist auch einer der Gründe, weshalb ich dies heute hier anspreche. Dass es im Bereich der Aus- und Fortbildung erheblichen Nachholbedarf gibt, haben wir erkannt, sind uns aber auch darüber im Klaren, dass Versäumnisse über mehr als 12 Jahre nicht so schnell aufgeholt werden können. Umso

**Grundsatzrede**  
des Landesvorsitzenden des BDK Landesverband Niedersachsen Ulf Küch  
beim Landesdelegiertentag am 1.9.2009 in Hildesheim  
Seite 7

---

wichtiger ist es ja, dass unmittelbar junge Kolleginnen und Kollegen in die ermittelnden Bereich gelangen, solange wir noch aus eigener Kraft in der Lage sind, unser Know-How weiterzugeben.

Meine Damen und Herren

Der BDK verkennt nicht, dass sich in den vergangenen Jahren auf dem Gebiet der polizeilichen Ausrüstung nachhaltig positive Entwicklungen ergeben haben. Über unsere technische Ausrüstung, die jahrzehntelang hinter den Möglichkeiten unseres polizeilichen Gegenübers hinterhergehinkt ist, sind wir insgesamt zufrieden und verkennen auch nicht die enormen finanziellen Anstrengungen der Landesregierung ihre Polizei professioneller auszustatten. Auch wenn unser Vorgangserfassungssystem NIVADIS mitunter ein Eigenleben führt und die Kolleginnen und Kollegen angstvoll auf das nächste Release schauen. Das System ist mittlerweile doch so eingerichtet, dass unsere Techniker nicht mehr versuchen das technisch machbare zu realisieren, sondern die tatsächlichen Erfordernisse der User zu berücksichtigen. Trotzdem ist NIVADIS ob aller Kritik aus den eigenen Reihen in der Bundesrepublik ohne Vergleich und Kolleginnen und Kollegen aus anderen Bundesländern schauen schon neidvoll nach Niedersachsen. Wenn es denn einmal in ferner Zukunft gelänge, ein bundesweit gleiches Daten- und Digitalfunksystem einzuführen, wir Ermittlerinnen und Ermittler wären begeistert und unendlich dankbar!

Aber sehr geehrter Herr Innenminister Schünemann, da haben wir wohl eher mit der Quadratur des Kreises zu Rechnen .

Dennoch, ...Der Fahrzeugpark der Zentralen Kriminaldienste und der KED ist größtenteils marode, Fahrzeuge haben zum Teil weit mehr als 200.000 km Fahrleistung und sind annähernd mitunter zwischen 15 und 20 Jahre alt. Eine Neubeschaffung zahlreicher Fahrzeuge ist dringend erforderlich. Wir warten hier schon seit einigen Jahren darauf. Auch wenn es jetzt wieder avisiert worden ist, es wird kaum ausreichen. Daher fordert der BDK den Gesetzgeber auf, die zusätzlichen entsprechenden Mittel zur Verfügung zu stellen. Während die Kolleginnen und Kollegen des Einsatz- und Streifendienstes endlich und vollkommen zu recht in hochmodernen Fahrzeugen mit eingebauten Klimaanlage ihren Dienst versehen, fahren Kriminalisten Fahrzeuge, bei denen die Polster bereits verschlissen sind und Oldtimerfans sich beim Vorbeifahren den Kopf verdrehen.

Denn meine sehr geehrten Damen und Herren, die Umsetzung der von uns skeptisch gesehenen Abwrackprämie hätte einigen Dienststelle der Kriminalpolizei einen vollkommen neuen Fuhrpark beschert. Zumindest wäre mit unseren Fahrzeugen ausgeschlossen gewesen, dass ein Teil nach Nigeria gelangt; - dort hätte man mit diesen „Altwagen“ wohl auch nichts mehr anfangen können. Leider konnten wir unsere Fahrzeuge aber nicht verwerten lassen, da uns die Mittel für die Restsumme der dann zu beschaffenden Neuwagen fehlte. Und, ich weiß, staatliche Institutionen waren auch von der Prämie ausgeschlossen. Trotzdem schade!

Es ist wohl auch ein Irrtum der Politik, wenn sie die Einnahmeseite gegenüber der Ausgabenseite durch fortlaufende Kürzungen und Streichungen von Leistungen zu verbessern sucht. Das Ziel muss lauten:

Wie stärken ich die Einnahmeseite.

Dies wird jedoch nicht gelingen, wenn unsere Polizei weiterhin zu einem Sparschwein verkommt. Dadurch setzen wir uns der Gefahr aus, dass sozialschädliches Verhalten nicht mehr erfolgreich bekämpft werden kann.

Polizei und Justiz kommt hier eine hohe Verantwortung und Verantwortlichkeit zu, da wir der alleinige Garant für die Gewährleistung der inneren Sicherheit sind. Dies muss so bleiben und ich betone dies ausdrücklich. Versuche die Bundeswehr für Sicherheitsaufgaben in der

**Grundsatzrede**  
des Landesvorsitzenden des BDK Landesverband Niedersachsen Ulf Küch  
beim Landesdelegiertentag am 1.9.2009 in Hildesheim  
Seite 8

---

Bundesrepublik einzusetzen, werden fehl- schlagen. Die langjährige Ausbildung unserer Kolleginnen und Kollegen ist nicht durch einen 4-6 wöchigen Schnelllehrgang in innerer Sicherheit zu ersetzen.

Im Rahmen der Konsolidierung des niedersächsischen Landeshaushaltes hat die niedersächsische Polizei seit nunmehr fast 10 Jahren einschneidende Einbußen hinnehmen müssen, die dem gesamten öffentlichen Dienst abgefordert wurden. Dies scheint auch einer der Gründe zu sein, durch welchen sich die derzeit schlechte Stimmungslage in der niedersächsischen Polizei erklären lässt.

Lassen sie mich dazu einige Anmerkungen machen, da der BDK gleichwohl eine etwas differenziertere Meinung zu dem einen oder anderen Problembereich hat.

Hier und Heute möchte ich deutlich machen, dass wir immer bereit waren und auch sind über den Tellerrand zu schauen. Aber gerade weil wir das sind, wird der gerne immer wieder genutzte Vergleich mit dem allgemeinen Verwaltungsdienst und dem Schuldienst von uns in der Polizei als ausgesprochene Ungerechtigkeit empfunden.

Angefangen hat dies schon zu Zeiten der Vorgängerregierung. Ich erinnere hier an die Erhöhung der Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden und die Beteiligung an der Gesundheitsvorsorge, sowie die Reduzierung des sogenannten „Weihnachtsgeldes“. Mit Blick über die Ländergrenzen wage ich als Kriminalist die Behauptung, dass es uns mit einer anderen Landesregierung auch nicht anders gegangen wäre.

Dies sage ich in aller Deutlichkeit, und möchte damit der Legendenbildung vorbeugen.

Wir verkennen nicht die allgemein wirtschaftliche Gesamtlage und sind uns über die Tatsache im Klaren, dass jeder Euro, der in den öffentlichen Dienst geht, auch vom Steuerzahler vorher aufzubringen ist. Daher hat unser polizeiliches Engagement und die Motivation nach den ersten tiefen sozialen Einschnitten in unser Besoldungsgefüge nicht nachgelassen, weil wir das Maß an Gerechtigkeit zu Einschnitten in Bezug auf die Gesamtbevölkerung erkennen können. Dieses Maß ist mittlerweile aber überschritten. Es ist der Zeitpunkt erreicht, wo wir in der Polizei nicht mehr nachvollziehen können, dass Milliarden in dubiose Wirtschaftsförderungsprogramme wie die von mir bereits zitierte „Abwrackprämie“ gesteckt werden, einige vollkommen unfähige Bank- und Wirtschaftsmanager staatliche Förderung erfahren, indem das von ihnen hinterlassene Chaos aus Steuergeldern bereinigt, aber auf der anderen Seite der öffentliche Dienst finanziell eingeschnürt und wirtschaftlich geknebelt wird.

Ich darf daran erinnern, dass von unserer Polizei eine generelle Einsatzbereitschaft und hohe fachliche Kompetenz abgefordert wird.

Damit gilt: Gute Leistung, gutes Geld!

Seit Jahren weisen wir darauf hin, dass niedersächsische Polizeibeamtinnen und - beamte bundesweit mit Abstand die tiefsten finanziellen Einschnitte hinnehmen mussten. Unser Kollege in Baden-Württemberg hat genau so viel netto in seiner Geldbörse wie wir in Niedersachsen. Nur allerdings mit dem Unterschied, dass er dort Polizeiobermeister ist und sein nds. Vergleichskollege Oberkommissar, der zudem in der Regel ein Studium absolviert hat.

Sehr geehrte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Was wäre ein Landesdelegiertentag des BDK, wenn wir uns nicht auch mit dem Thema Organisierte Kriminalität befassen würden?

OK, wie man sie so umgangssprachlich benennt, steht schon seit mehr als 30 Jahren in unserem Focus. Ende der 80iger Jahre forderte der BDK die Verantwortlichen in den alten Bundesländern auf, endlich zur Kenntnis zu nehmen, dass der MOB , das ist auch umgangssprachlich, sich in der Bundesrepublik etabliert- und mangels strukturierter



kriminallpolizeilicher Verfolgung „eingelebt“ hatte. Wenngleich sich Anfang der 90iger Jahre diese von uns dargelegte Problematik der zweifelsfrei vorhandenen mafiösen Strukturen in Deutschland endlich zur politischen Umsetzung der vom BDK geforderten OK-Bekämpfungskonzepte führte, so hat man als Insider hier und da dennoch den Eindruck, dass OK-Sensibilität im politischen Denken eher ein Mauerblümchendasein fristet.

Markige Worte zu Gewalteskalationen in diesem Schwerstkriminellenbereich hören wir von der Politik erst dann, wenn Mord und Totschlag, Erpressung und Menschenhandel sowie Zwangsprostitution und Bedrohungen offen zutage treten. Beispiele aus der jüngeren Zeit gibt es da leider viel zu viel. Ich erinnere an Duisburg, Sittensen und jetzt Berlin.

In der Zwischenzeit schweigt die Politik zumeist, die mit der Bekämpfung der OK betrauten Kolleginnen und Kollegen kämpfen aber munter weiter gegen einen gut organisierten und flexiblen Gegner. Es ist ein teurer und verhängnisvoller Irrglaube anzunehmen, dass dort, wo nichts Sichtbares geschieht, auch nichts los ist. Ich vergleiche OK mit dem Leben unter einem Stein am Strand. Da liegt er und strahlt vordergründig Ruhe und Festigkeit aus. Hebt man ihn aber an, sieht man dass es Leben gibt, welches im Verborgenen existiert.

OK ist nach wie vor einer der Sargnägel in einem freiheitlich demokratischen System. Korruption, das schnelle Geld im Zuge der jetzigen Abwrackprämien, Menschenhandel, Bestechlichkeit, die OK hat viele Gesichter. Auch hier ist es nach wie vor erforderlich die bestehenden Fachdienststellen, unsere ZKI'en personell und logistisch auf hohem Niveau zu unterstützen.

Was geschieht, wenn wir diese kriminellen Gruppen und Banden nicht konsequent und rechtsstaatlich angehen, konnten wir vor ca. 3 Wochen in Hannover feststellen. Scheinbar ist die OK dort so etabliert, dass Ermittler und die Presse durch eigens vom MOB engagierte Rechtsanwälte eingeschüchtert werden sollen, wenn sie es wagen darauf hinzuweisen, dass die dort ansässige Gruppe der Hells Angels nichts anderes ist, als eine hochkriminelle Organisation mit einem nur scheinbar friedfertigen Anstrich.

Gestatten sie mir einen kurzen Hinweis auf einen aktuellen Sachverhalt und die zur Diskussion stehenden Gruppen:

Ich zitiere:

Rocker auf offener Straße erschossen! Bandenkrieg in der Rockerszene? Ein 33-jähriger Mann ist am 13.8.09 in Berlin erschossen worden - er war Mitglied einer Rockerbande. Nach ersten Erkenntnissen trafen ihn die Schüsse möglicherweise aus einem fahrenden Auto.

Und dazu aktuell aus der letzten Woche:

Die Auseinandersetzungen um die Kontrolle des kriminellen Marktes im Bereich der sogenannten Türsteherszene insbesondere im Landkreis Barnim haben an Brutalität und Schärfe zugenommen und setzen sich bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt fort. Durch das MI BB wurde wegen der aus der Gruppierung heraus begangenen und fortgesetzten Begehung von Straftaten ein Vereinverbotsverfahren eingeleitet und eine Verbotsverfügung gegen den Verein „Chicanos MC Barnim“ mit Wirkung vom 24.08.2009, 06.00 Uhr erlassen.

Der BDK sagt dazu, das ist der Preis für die jahrzehntelange Negierung des Vorhandensein von OK in den frühen 70-iger, und folgenden 80-iger und 90-iger Jahren.

Nunmehr hat sich dieses damals noch offen kriminell agierende Klientel wirtschaftlich so gefestigt, dass es ihm gelingt, gesellschaftlich anerkannt und integriert zu werden. Damit hat die organisierte Kriminalität ihr Ziel praktisch erreicht.

Es ist erschütternd feststellen zu müssen, wenn sich Bewohnerinnen und Bewohner in Hannover zufrieden in veröffentlichten Leserbriefen über den status quo im Rotlichtviertel am Steintor äußern und als Resümee angeben:

Ich zitiere aus dem „Stern“:

"Die sind so super organisiert", schwärmt eine Mitvierzigerin aus Hannover, "die stellen ihre Sicherheitskräfte selbst." Angst flößten sie ihr jedenfalls keine ein. Im Gegenteil: "Seit die Hells Angels im Steintor-Viertel präsent sind, gibt es keine Schießereien mit Albanern mehr", sagt ihr Begleiter. "Man fühlt sich wieder sicher, man kann dort auch als Frau abends wieder spazieren gehen, es ist wieder ein gepflegtes Nachtleben entstanden."

Ich verrate wohl kein Geheimnis und gehe davon aus, dass es eine Reihe von Menschen und insbesondere Geschäftsleuten gibt, die es zwar nie offen sagen werden, die aber von dieser Form der Sicherheit alles andere als begeistert sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Kann es im staatlichen Interesse liegen, wenn de facto ordnungspolizeiliche Aufgaben durch dem organisierten Verbrechen nahestehende Gruppen ausgeübt werden?

Hier ist unbedingt nachzuarbeiten. Rechtsfreie Räume darf es in unserer Gesellschaft nicht geben. Der BDK unterstützt hier ausdrücklich das nds. Landeskriminalamt bei seinen Bemühungen, die kriminellen Verflechtungen aufzudecken und die Verantwortlichen einem rechtsstaatlichen Strafverfahren zuzuführen. Leider haben die Protagonisten der italienischen, amerikanischen und deutschen OK-Ermittler in den 80iger Jahren vollkommen Recht gehabt. Lässt man dies zu, sitzt die „Ehrenwerte Gesellschaft“ später beim Tee mit unserem Ministerpräsidenten beisammen.

Somit ist es nach unserer Auffassung im BDK auch zwingend notwendig, das Personal in unseren Zentralen Kriminalinspektionen vorzuhalten und auszubilden, welches eine Ermittlungseinheit insgesamt erfolgreich macht:

- Die Jungen, - die sind wissbegierig und hungrig
- Das Mittelalter, - die sind mit dem notwendigen Know-How versehen, erkennen ihre Ziele und beißen sich fest.
- Die Älteren, - sie haben die Ruhe und die Erfahrung, die das Team abrundet.

Und dies, und da möchte ich unsere Gesamtforderung noch einmal wiederholen, das ist die Mischung die der BDK für das Ermittlungspersonal, also die Kriminalpolizei in Niedersachsen insgesamt einfordert. Dann Herr Minister Schönemann besteht kein Zweifel daran, dass die nds. Kriminalpolizei noch erfolgreicher wird, als sie es schon jetzt ist.

Aber nun zum Schluss:

Wir wollen nicht jammern, wir haben uns diesen Teil des Berufes ausgesucht und viele würden niemals tauschen, weil sie dafür leben. Aber Leistung muss sich lohnen, auch - oder gerade in unserem Beruf. Mit Gleichmacherei und überkommenem Universalistentum ist das jedoch nicht zu machen.

Wie sagte schon Carl Jaspers:

„Eine über die Gleichheit der Chancen hinausgehende Gleichmachung der Menschen ist die höchste Ungerechtigkeit“

Der BDK wird in Zukunft seine Kompetenz und sein Bestreben ausweiten, dass die Expertenkrifo auch in Niedersachsen wieder existiert. Unsere Forderungen für eine zukunftsweisende Kriminalitätsbekämpfung haben wir ständig fortgeschrieben und bieten der Landesregierung auch weiterhin unsere konstruktive Mitarbeit an einer innovativen Sicherheitsarchitektur an.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit